

Motion Fraktion SP/JUSO (Katharina Altas/Peter Marbet/Diego Bigger, SP): Bürgernahe Polizeiarbeit – Community Policing

Die Zusammenführung der Stadtpolizei Bern und der Kantonspolizei Bern fand 2008 statt. Seitdem regelt ein Ressourcenvertrag die Leistungen, die die Kantonspolizei für die Stadt Bern erbringt. Jedoch gibt es regelmässig Kritik an der Polizeiarbeit, vor allem, wenn es um Demonstrationen oder um Nutzungskonflikte rund um das Thema öffentlicher Raum, Nachtleben oder Lärmklagen geht. Seit Jahren verhärten sich die Fronten, Lösungen sind in weite Ferne gerückt und die Forderung nach einer Ombudsstelle wird ignoriert.

Als hoheitliche Aufgaben ist Polizeiarbeit von grosser Bedeutung für eine Gesellschaft. Allerdings ist das Vertrauen in die Ordnungshüter, vor allem bei jungen Menschen, nicht besonders gross. Damit die Beziehung zwischen der Kantonspolizei und den Bürger*innen verbessert wird, sollte eine Einheit geschaffen werden, die einen anderen Ansatz als den repressiven Ansatz verfolgt. In gewissen Situationen, bei unbewilligten Demonstrationen oder wenn ohne Bewilligung im öffentlichen Raum gefeiert wird, sind deeskalative Ansätze Erfolg versprechender.

Im Verständnis von Polizeiarbeit als öffentliche hoheitliche Aufgabe hat sich in den letzten Jahren zunehmend der Ansatz des Community-Policing durchgesetzt, also einen bürgernäheren Ansatz. In der NZZ am Sonntag vom 26. Juli 2020 wurde unter dem Titel «Besser als die Polizei» berichtet, dass Zürich, Basel, Nyon und Dietikon bereits diesen Ansatz verfolgen. Es geht hier um die präventive Präsenz von Polizeikräften im öffentlichen Raum, um die Bewirtschaftung von Brennpunkten, um die Vernetzung zwischen Polizei-, Sozial- und Sicherheitsdirektion, der Suchtprävention und der Jugendarbeit. Auch die Vernetzung mit Partner*innen-Organisationen im öffentlichen Raum wie bspw. Quartiervereinen, sollen hier im Zentrum stehen. Wichtige Schritte auf dem Weg zu einer bürgernahen Polizeiarbeit sind Dezentralisierung, Beteiligung der Bürger*innen und

Problemlösung. Eine flexible Monatsplanung, die lage-, ereignis- und bedarfsgerecht ist, muss etabliert werden.¹

Wir fordern den Gemeinderat auf,

1. sich beim Kanton Bern dafür einzusetzen, dass im Ressourcenvertrag die Aufgabe des Community-Policing aufzunehmen ist,
2. mit dem Kanton Bern den Aufbau einer Community-Policing-Einheit zu etablieren und
3. sich beim Kanton Bern dafür einzusetzen, dass Polizistinnen und Polizisten in Community-Policing auszubilden sind.

Bern, 20. August 2020

Erstunterzeichnende: Katharina Altas, Diego Bigger, Peter Marbet

Mitunterzeichnende: Nadja Kehrli-Feldmann, Fuat Köçer, Laura Binz, Ayse Turgul, Esther Muntwyler, Timur Akçasayar, Bernadette Häfliger, Elisabeth Arnold, Ueli Fuchs, Ingrid Kissling-Näf, Marieke Kruit

¹ https://ifsh.de/file-CORE/documents/jahrbuch/13/Feltes-dt_S.pdf, In: IFSH (Hrsg.), OSZE-Jahrbuch 2013, Baden-Baden 2014, S. 241-252.